

## Aus der Diskussion

### **Gesetz zur Förderung der politischen Partizipation in den Gemeinden**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 14/8883

– Beschlussfassung über die Durchführung einer Anhörung

**Vorsitzender Edgar Moron** schickt voraus, dass der Gesetzentwurf gestern vom Plenum überwiesen worden sei und die CDU-Fraktion zur Beschlussfassung einer Anhörung dazu die heutige Sondersitzung beantragt habe, damit der Fahrplan, darüber am 10. Juni und damit noch vor der Sommerpause abschließend entscheiden zu können, auch eingehalten werden könne.

Zu dem Thema sei anzumerken, dass der Ausschuss für Generationen, Familien und Integration zu einem inhaltsähnlichen Gesetzentwurf der Grünen – Drucksache 14/8329 – bereits eine Anhörung unter Beteiligung des Ausschusses für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform in Form einer Pflichtsitzung durchgeführt habe. Deshalb sei zu fragen, ob nicht ein Expertengespräch ausreiche oder der Ausschuss sogar gänzlich auf eine Anhörung von Experten verzichte.

**Andrea Asch (GRÜNE)** ergänzt, bei der Anhörung hätten sich die Experten auch schon auf den Gesetzentwurf von CDU und FDP bezogen, der 48 Stunden vor Beginn der Anhörung vorgelegen habe. In Anbetracht der drängenden Zeit für dieses Vorhaben wäre es ein praktikabler Vorschlag, auf eine neuerliche Anhörung zu verzichten, wenn dies möglich sei.

**Hans-Willi Körfges (SPD)** vermag zwar die große Nähe zwischen Grünen und Regierungsfractionen in der Frage gut zu verstehen, aber in seiner Fraktion habe man sich mit dem entsprechenden Arbeitskreis, der sich mit Integration beschäftige, auf eine Anhörung zu dem vorliegenden Gesetzentwurf der Regierungsfractionen verständigt. Da der Gesetzentwurf von CDU und FDP erst kurz vor der bereits durchgeführten Anhörung zu dem Gesetzentwurf der Grünen vorgelegt worden sei, bleibe noch eine Reihe von Fragen, die man mit Sachverständigen erörtern wolle.

**Rainer Lux (CDU)** regt an, auf eine öffentliche Anhörung zu verzichten und ein Expertengespräch durchzuführen, da die meisten Fragen bei der Anhörung zu dem Gesetzentwurf der Grünen bereits erörtert worden seien und auf einige Aspekte des heute in Rede stehenden Gesetzentwurfs ebenfalls schon eingegangen worden sei.

**Hans-Willi Körfges (SPD)** meint, es sollte aber eine Form gewählt werden, bei der die betroffenen Arbeitsbereiche auch Nachfragen stellen könnten. Neben den kommunalen Spitzenverbänden sollte also zumindest noch einmal die LAGA befragt werden können.

**Vorsitzender Edgar Moron** hält fest, dass der Ausschuss ein Expertengespräch zu dem oben genannten Thema durchführen wolle, und bittet um kurzfristige Nennung der entsprechenden Sachverständigen aus den Reihen der Migrantenvertreter. Als Termin schlägt er den am 29. April stattfindenden nächsten Ausschusstermin vor.

Der Ausschuss kommt nach kurzer Diskussion überein, am 29. April 2009 von 12:00 bis 13:30 Uhr ein Expertengespräch zu dem oben genannten Thema durchzuführen. Dem schließt sich um 13:30 Uhr die Anhörung zum Gesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes an. Danach tritt der Ausschuss noch zu einer Beratungssitzung zusammen.

gez. E. Moron  
Vorsitzender

rß/28.04.2009/28.04.2009

155